

## **Röttgen wirft Scholz Zögerlichkeit vor: Ukraine-Hilfe in Gefahr?**

Politiker kritisieren Scholz's Ukraine-Politik als zögerlich. Diskussion über militärische Unterstützung und BSW-Erfolge entbrannt.

In den letzten Wochen ist die Diskussion über die Ukraine-Politik der Bundesregierung erneut aufgeflammt. Der CDU-Politiker Norbert Röttgen hat Bundeskanzler Olaf Scholz vorgeworfen, bei der militärischen Unterstützung der Ukraine nicht entschieden genug zu handeln. Sein Hauptkritikpunkt ist, dass Scholz von einer „Angstrhetorik“ geprägt sei, die sowohl ihn selbst als auch die allgemeine Unterstützung für die Ukraine gefährde. Röttgen äußerte, dass die Furcht vor einem möglichen Atomkrieg unbegründet sei und ein Kanzler nicht von Angst geleitet werden sollte.

„Die selbstbewusste Abwehr der Ukraine muss im Vordergrund stehen. Ansonsten läuft der Konflikt nur noch weiter Gefahr zu eskalieren“, sagte Röttgen in einem Interview mit dem Spiegel. Nach seinen Aussagen sei es gefährlicher, die Ukraine sich selbst zu überlassen, als aktiv militärische Hilfe zu leisten. Scholz habe jedoch signalisiert, dass er auch weiterhin diplomatische Bemühungen anstrebt. Dies stieß bei Röttgen auf Widerspruch, der ihm eine „Täter-Opfer-Umkehr“ vorwarf, weil er die Ukraine nicht als Aggressor, sondern Russland verantwortlich macht.

### **Scholz und die Diplomatie**

Eine der zentralen Fragen in der Kritik betrifft Scholz'

vermeintliche Gesprächsbereitschaft mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin. Gerüchte, dass Scholz ein solches Treffen in Erwägung gezogen habe, wurden jedoch vom Kreml zurückgewiesen. Der Bundeskanzler betont zudem, dass Deutschland weiterhin Waffen an die Ukraine liefern werde, um sicherzustellen, dass Putin nicht darauf spekuliere, die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft würde nachlassen.

Parallel zu diesen politischen Diskussionen fand in Berlin eine große Friedensdemonstration unter dem Motto „Nie wieder Krieg“ statt. Hier forderten Tausende von Teilnehmern, die diplomatischen Anstrengungen zu verstärken und gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen zu protestieren. Diese Position wird unter anderem von der AfD sowie den Linken unterstützt.

## **Kritik innerhalb der koalitionären Partner**

Die Kritik an der Ukraine-Politik kommt jedoch nicht nur von der CDU. Auch innerhalb der Ampel-Koalition gibt es unterschiedliche Ansichten. Marcus Faber, der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses (FDP), äußerte, dass Scholz' Linie „einen unerträglichen Zustand“ darstelle. Er sieht die beständige Weigerung, militärische Unterstützung zu leisten, als ein Zeichen der Schwäche. Der SPD-Politiker Michael Roth fordert, die Ukraine-Politik von den Gegebenheiten vor Ort und nicht von den politischen Strömungen im Land abhängig zu machen.

Die Positionen zu diesem Thema sind angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg von wachsender Bedeutung. Ein Brief einiger Ministerpräsidenten fordert mehr diplomatische Initiative, was darauf hindeutet, dass ein erheblicher Teil der Bevölkerung in diesen Ländern eine Änderung in der Ukraine-Politik wünscht.

Zusammengefasst ist der Druck auf Scholz hoch, sowohl aus den

Reihen der CDU als auch von den eigenen Koalitionspartnern. Die anhaltende Diskussion über die richtige Strategie im Umgang mit Russland und der Unterstützung für die Ukraine wird weiterhin intensiv geführt und könnte weitreichende Auswirkungen auf die politische Landschaft in Deutschland haben.

Für weitere Informationen, **siehe die aktuelle Berichterstattung auf [www.az-online.de](http://www.az-online.de)**.

Details

**Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](http://die-nachrichten.at)**